

Jugend und Politik

Wir wollen junge Menschen in Nordrhein-Westfalen ermutigen, sich in die Gesellschaft einzubringen und ihre Anliegen selbstbewusst zu vertreten. Deshalb setzt sich die CDU Nordrhein-Westfalen für eine aktive Jugendpolitik ein. Auf Landesebene wollen wir echte und verbindliche Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Daher unterstützen wir die Einrichtung eines überwiegend direkt gewählten Landesjugendparlaments nach dem Vorbild des Scottish Youth Parliament (SYP).

Aus Sicht der CDU Nordrhein-Westfalen gehört es zu einer verantwortungsvollen und nachhaltigen Jugendpolitik, den heranwachsenden Generationen keinen erdrückenden Schuldenberg zu hinterlassen. Daher sprechen wir uns für die Einführung einer Schuldenbremse aus. Wir setzen uns dafür ein, das Wahlalter aus der Verfassung zu streichen und dem kommenden Landtag die Gelegenheit zu geben, darüber zu entscheiden.

Bildungsgerechtigkeit

Jahrzehntelange wurde die Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen in erster Linie durch Strukturfragen geprägt. Das hat dazu geführt, dass in keinem Land so stark wie in Nordrhein-Westfalen der Schulerfolg von der sozialen Herkunft abhängt. Erst mit dem Schulgesetz von 2005 wurde der starre Blick auf Strukturfragen dadurch beseitigt, indem das pädagogische Konzept der individuellen Förderung im Gesetz verankert wurde. Hinter diesem Konzept steckt die Einsicht, dass Bildungsgerechtigkeit nicht durch Gleichmacherei zu erreichen ist. Jede Schülerin und jeder Schüler muss seinen Neigungen, Interessen und Leistungen entsprechend gefördert werden. Eine solche Förderung, die jedem Kind und jedem Jugendlichen gerecht werden soll, geschieht am besten in einem vielfältigen Schulsystem. Dabei muss jeder Schulform und jeder Schule die Möglichkeit zur spezifischen und individuellen Profilbildung eröffnet werden. Denn nur eine vielfältige Schullandschaft bietet die diversifizierten schulischen Angebote, die den unterschiedlichen Ansprüchen unterschiedlicher Schülerinnen und Schüler entsprechen können. Daher wurde die Vielfalt der nordrhein-westfälischen Schullandschaft in der Verfassung durch den Schulkonsens festgeschrieben. Den kommunalen Bildungslandschaften und regionalen Bildungsnetzwerken kommt dabei eine wichtige ergänzende Aufgabe zu.

Rechtspopulismus

Angesichts der dramatischen Entwicklung im Bereich des Extremismus wollen wir gegen verfassungsfeindliche Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen entschlossen vorgehen – und zwar unabhängig davon, ob diese rechtsextremistisch, linksextremistisch oder islamistisch motiviert sind. Wir setzen uns mit Null-Toleranz gegen Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus ein.

Das integrierte Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus der rot-grünen Landesregierung vom 10. Mai 2016 ist ein erster Schritt, wird aber nicht allen Fragestellungen hinreichend gerecht.

Wir sind offen für jeden, der die Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und des Grundgesetzes teilt. Um politische und gesellschaftliche Teilhabe von Zugewanderten zu stärken, ist eine stärkere interkulturelle Öffnung gerade im Bildungsbereich unser Ziel. Wir sind überzeugt, dass Lehrerinnen und Lehrer mit unterschiedlichen kulturellen Wurzeln wichtige Funktionen im Integrationsprozess übernehmen und als Vorbilder dienen können. Weiter müssen wir Menschen mit Zuwanderungsgeschichte stärker für den Öffentlichen Dienst gewinnen und besondere Qualifizierungen dafür entwickeln. Zuwanderer sind in der öffentlichen Verwaltung, in Justiz, Polizei, Sozial- und Bildungseinrichtungen noch immer unterrepräsentiert. Dabei bringen sie interkulturelle und sprachliche Kompetenzen mit, die für eine sich wandelnde Gesellschaft unverzichtbar sind. Unter nicht gelungener Integration und Abgrenzung leiden beide Seiten, Zugewanderte und Einheimische. Sachlich und lösungsorientiert auch über Probleme und Herausforderungen bei der Zuwanderung zu sprechen, ist Teil unserer demokratischen Kultur. Zivilgesellschaftliche Institutionen sowie die Einrichtungen der Politischen Bildung spielen dabei eine herausragende Rolle und haben sich bei der Bewältigung dieser Aufgaben bewährt. Sie engagieren sich seit vielen Jahren für eine Stärkung der politischen Kultur und der Demokratie in einer freiheitlichen und pluralen Gesellschaft und müssen finanziell und organisatorisch in die Lage versetzt werden, diese Aufgaben weiter wahrzunehmen.

Freiräume für Kinder und Jugendliche

Vor allem im Primarbereich ist es für Kinder besonders wichtig, dass sie neben dem Kindergarten und der Schule über ein starkes familiäres Umfeld verfügen. Deshalb darf das Angebot des Ganztags nicht zum Hinderungsgrund werden, wenn die Familie trotz Arbeit einmal zusammenzukommen möchte, um gemeinsam etwas zu unternehmen.

Für uns stehen Halbtags- und Ganztagsunterricht gleichwertig und gleichberechtigt nebeneinander. Das oberste Gebot ist das Prinzip der Wahlfreiheit für Eltern und Schülerinnen und Schüler. Einen flächendeckenden, verbindlichen „Ganztag für alle“ lehnt die CDU Nordrhein-Westfalen ebenfalls entschieden ab. Deshalb treten wir dafür ein, dass sämtliche Schulformen als Halbtags- wie als Ganztagsvariante zur Verfügung zu stehen. Ganztags- und Halbtagszüge sollen, wenn die notwendigen baulichen wie personellen Voraussetzungen vorhanden sind, dabei prinzipiell auch parallel an einer Schule geführt werden können.

Im Ganztag sehen wir ein Instrument zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie ein Mehr an individueller Förderung. Bei der Ausgestaltung von Ganztagsangeboten gilt es zu berücksichtigen, dass die Möglichkeit für außerschulische Aktivitäten wie z.B. sportlicher, künstlerischer, musischer oder therapeutischer Art, erhalten bleibt. Wir sind sicher, dass flexible Lösungen den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler und der Eltern und den Möglichkeiten der einzelnen Schulen entgegenkommen. Wir werden die Konzepte der Ganztagschulen, vor allem der Grundschulen als OGS, deshalb unter Berücksichtigung der pädagogischen und organisatorischen Planungssicherheit der Schulen und der Schulträger dahingehend überarbeiten, dass die Teilnahme von Kindern flexibler gestaltet werden kann.

Die CDU wird den Gymnasien ermöglichen, ein echtes G9 (2. Fremdsprache ab Klasse 7, 180 Jahreswochenstunden in der Sek I) anzubieten. Dazu werden wir G 8 und G 9 gleichberechtigt im Schulgesetz verankern und die pädagogische Freiheit der Gymnasien stärken. Sie sollen die Möglichkeit erhalten, individuell entsprechend ihrer Schülerschaft und auch mit Blick auf

die örtlichen Bedingungen ihren zukünftigen Bildungsgang zu gestalten. Gymnasien, bei denen G 8 gut umgesetzt ist und wo die Eltern mit dieser Umsetzung zufrieden sind, können ihren Weg konsequent weitergehen. Gymnasien, an denen der Wunsch nach einer Rückkehr zu G 9 überwiegt, sollen die Möglichkeit dazu erhalten.

Zielgruppen

Junge Geflüchtete

Junge Geflüchtete sind zunächst eines – Kinder und Jugendliche. Als solche müssen sie auch wahrgenommen und behandelt werden. Die CDU in Nordrhein-Westfalen spricht sich daher gerade im Hinblick auf das christliche Menschenbild gegen eine Ungleichbehandlung von geflüchteten und nicht-geflüchteten Kindern im SGB VIII aus.

Wir wollen die Arbeit mit jungen Geflüchteten als Fördersäule in den neuen Kinder- und Jugendförderplan aufnehmen und somit für die kommenden Jahre absichern. Die Überwindung der Trennung der Lebenswelten von jungen Geflüchteten und einheimischen Kindern und Jugendlichen ist eine Voraussetzung dafür, dass sich junge Geflüchtete in unsere Gesellschaft integrieren können. Die Kinder- und Jugendarbeit kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Vor allem niedrigschwellige Projekte im direkten Umfeld der Kinder- und Jugendlichen können Möglichkeiten für Begegnungen und Austausch schaffen.

Sexuelle Orientierungen

Die CDU fühlt sich den Grundsätzen des christlichen Menschenbildes verpflichtet. Im Mittelpunkt stehen die Bewahrung der Schöpfung und die Achtung aller Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer körperlichen Unversehrtheit, Religion, Rasse, Staatsangehörigkeit oder sexuellen Identität. Gesellschaftliches Zusammenleben gelingt auch zukünftig nur weiterhin friedlich, wenn die freie Entfaltung des Einzelnen gesichert bleibt. Homophobie oder Hass auf sexuelle Minderheiten haben in Nordrhein-Westfalen keinen Platz.

Viele Jugendliche erleben die Zeit des Heranwachsens als eine Zeit tiefgreifender Verunsicherungen und Fragen. Die Findung der eigenen Identität verläuft selten ohne Brüche und Verletzungen. Junge Menschen müssen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität ohne Diskriminierungen und Diffamierungen aufwachsen können. Die Angebote der Jugendhilfe stellen für Hilfesuchende einen festen Anker bzw. Bezugspunkt dar. Sie sollen weiterhin gefördert und ausgebaut werden. Angesichts dieser besonderen Verantwortung der Jugendhilfe ist es wichtig, dass auch hier eine Sensibilität im Umgang mit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt besteht. Wir wollen daher auch künftig Projekte fördern, die aktiv gegen Diskriminierung jeder Art vorgehen.

Mädchen- und Jungenarbeit

Mädchen- und Jungenarbeit ist als pädagogische Arbeit Kindern und Jugendlichen unter dem Fokus der Besonderheiten der jeweiligen Zielgruppe zu verstehen und im Sinne einer Querschnittsaufgabe „Geschlechterbezogene Pädagogik“ seit Anfang der 1990er Jahre in § 9

Abs. 3 SGB VIII rechtlich verankert. Sie dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern ergeben gemeinsam ein wichtiges Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendarbeit.

Die Lebenswelt von Mädchen und Jungen ist vielfältig und wird durch unterschiedliche Faktoren gestaltet. Es gilt, diese Perspektive auf die Vielfalt von Mädchen- bzw. Jungensein mit geschlechterdifferenzierten Ansätzen und weiteren sozialwissenschaftlichen Analysekatoren, wie z.B. sozialer Status oder Herkunft zu verbinden. Es geht nicht alleine um ein Mehr an Mädchen- und Jungenarbeit, sondern um ein Mehr von geschlechterbezogener Reflexion der verschiedenen gesellschaftlichen relevanten Maßnahmen und Angeboten.

Wir wollen Angebote und Ansätze der Mädchen- und Jungenarbeit auch an dritten Bildungs- und Lernorten, also in der jugendkulturellen Arbeit, der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit sowie Sportvereinen stärker einbeziehen.

Rahmenbedingungen

Kinder- und Jugendförderplan

Die Schwerpunktsetzung bei der Erarbeitung eines neuen Kinder- und Jugendförderplans wollen wir gemeinsamen mit den Trägern entwickeln. Nur durch eine enge Zusammenarbeit der Politik mit der Kinder- und Jugendarbeit kann eine sinnvolle inhaltliche Gestaltung des Kinder- und Jugendförderplans erreicht werden. Wichtig ist aber, dass Projekte zur Integration junger Geflüchteter in einem neuen Kinder- und Jugendförderplan einen festen Platz erhalten. Wichtig ist, dass die Niedrigschwelligkeit der Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit gewährleistet ist.

Wir setzen uns dafür ein, dass die jährliche Fördersumme des Kinder- und Jugendförderplans dauerhaft erhöht und durch eine Dynamisierung der Mittelansätze zukunftsfähig gestaltet wird. So wollen wir die Träger- und Angebotsvielfalt in der Kinder- und Jugendarbeit für die nächsten Jahre sicherstellen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Guido Hitze
Leiter des Bereichs Politik & Strategie

CDU Nordrhein-Westfalen
Wasserstraße 6
40213 Düsseldorf

Telefon 0211-13 600 46
guido.hitze@cdu.nrw
www.cdu.nrw